



**Geschäftsführung
Stadtarbeitsgemeinschaft
Behindertenpolitik**

Frau Thiemann

Telefon: (0221) 221-22822

Fax: (0221) 221-6627497

E-Mail: angelaedith.thiemann@stadt-koeln.de

Datum: 19.03.2019

Niederschrift

über die **Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik** in der Wahlperiode 2014/2020 am Freitag, dem 01.02.2019, 14:00 Uhr bis 16:30 Uhr, Stadthaus Deutz, Konferenzraum 16F43

Anwesend waren:

Vorsitzende

Frau Oberbürgermeisterin Henriette Reker Oberbürgermeisterin Dezernat OB

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Monika Dierksmeier	Der Paritätische Wohlfahrtsverband
Frau Uta Grimbach-Schmalfuß	Sozialverband Deutschland e.V. Bezirk Köln-Leverkusen-Rhein-Erftkreis
Herr Heinz-Peter Helmes	Sozialverband Deutschland e.V. Bezirk Köln-Leverkusen-Erftkreis
Frau Annette Hepp	DSB-Regionalgruppe der Schwerhörigen und Ertaubten Köln und Umgebung e.V.
Herr Paul Intveen	Blinden- und Sehbehindertenverein Köln e.V.
Herr Horst Ladenberger	Zentrum für selbstbestimmtes Leben
Frau Barbara Röttger- Schulz	Polio Stammtisch
Herr Wolfgang Schaefer	Deutsches Rotes Kreuz
Herr Wolfgang Schmidt	Diakonie - Kinder- und Familienhilfen Michaelshoven gGmbH
Frau Sigrid Schmitz	Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft
Herr Andreas Thermann	Arbeiterwohlfahrt

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Frau Jutta Geurten AG Selbsthilfe Marcumar Selbsthilfegruppe

Nicht stimmberechtigte Mitglieder

Frau Cornelia Schmerbach	SPD
Herr Helmuth Krämer	DIE LINKE

Frau Elke Lerchner FDP
Herr Stephan Pohl CDU

Ständige Gäste

Frau Judith Beckmann KVB AG - Kölner Verkehrsbetriebe AG
Frau Christin Kupitz Universität zu Köln
Frau Felicitas Vorpahl-Allweins Seniorenvertretung

Verwaltung

Frau Claudia Baumgärtner Kämmerei
Herr Dr. Günter Bell Behindertenbeauftragter
Herr Dr. Matthias Hamann Museumsdienst
Herr Ulrich Horn Stadtplanungsamt
Herr Stephan Jacobs Amt für Presse und Öffentlichkeitsarbeit
Frau Insa Klock Bürgeramt Chorweiler/Schwerbehindertenrecht und Bundeselterngeld/Betreuungsgeld
Frau Anne Kreische Gesundheitsamt
Herr Jürgen Kube Amt für Wohnungswesen
Frau Alessia Lücke Amt für Integration und Vielfalt
Frau Katharina Meier Büro der Oberbürgermeisterin
Frau Sigrit Ortmann Büro der Oberbürgermeisterin
Herr Hans-Jürgen Oster Amt für Integration und Vielfalt
Herr Marc Overmann Amt für Schulentwicklung
Frau Nina Rehberg Amt für Integration und Vielfalt
Herr Ronny Sämann Amt für Straßen und Verkehrsentwicklung
Herr Andreas Schwarz Amt für Integration und Vielfalt
Herr Timm Therre Amt für Integration und Vielfalt
Frau Elisabeth Uhlig-Fasbender Amt für Weiterbildung/VHS
Herr Ferdinand van Leyen Personal- und Verwaltungsmanagement
Herr Achim Woltmann Amt für Soziales und Senioren
Frau Birgit Woltmann Amt für Soziales und Senioren

Gäste

Herr Frank Feles sachk. Einwohner-Ausschüsse Soziales u. Senioren/ Umwelt u. Grün auf Vorschlag StadtAG Behindertenp
Frau Ute Palm sachkundige Einwohnerin im Ausschuss Kunst und Kultur auf Vorschlag der StadtAG Behindertenpolitik

Presse

Zuschauer

Die Vorsitzende, Frau Oberbürgermeisterin Reker, begrüßt die Mitglieder und Gäste der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik.

Frau Oberbürgermeisterin Reker betont, dass sie sehr großes Interesse an dem Gremium und den Themen der Behindertenpolitik hat. Sie wird daher versuchen, mindestens einmal im Jahr die Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik persönlich zu leiten.

Im Namen der Vertreter*innen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen begrüßt Herr Intveen Frau Reker als Vorsitzende des Gremiums sehr herzlich und dankt für ihr großes Interesse an der Behindertenpolitik. Die Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik sehen in der Angliederung an das Dezernat der Oberbürgermeisterin ein positives Zeichen, dass künftig alle behindertenrelevanten Themen von allen mitgedacht und die Maßnahmen zur Erreichung der Barrierefreiheit automatisch umgesetzt werden.

Herr Intveen und Herr Krämer melden Anfragen an die KVB AG an, so dass die Tagesordnung um folgende Tagesordnungspunkte ergänzt wird:

- 2.2 Benennung eines stellvertretenden sachkundigen Einwohners für den Stadtentwicklungsausschuss
- 2.3 Antrag zur Ratsvorlage Nr. 3924/2018 Aufwandsentschädigung ehrenamtlicher Gremienmitglieder
 - 2.3.1 Ideen und Vorschläge zur Erarbeitung einer Verwendungsrichtlinie für ein Budget über €10.000,- der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
- 2.4 Benennung einer sachkundigen Einwohnerin im Ausschuss Schule und Weiterbildung
- 3.2.1 Sachstandsbericht der Schwerbehindertenstelle
0157/2019
- 3.5 Unterstützung der Menschen mit Lernschwierigkeiten (Menschen mit geistiger Behinderung nach SGB IX) bei Antragstellung, Beratung und Schriftverkehr
 - 3.5.1 Sachstand zum Beschluss der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik vom 03.12.2018 „Antrag auf Unterstützung der Menschen mit Lernschwierigkeiten (Menschen mit geistiger Behinderung nach SGB IX) bei Antragstellung, Beratung und Schriftverkehr“
Hier: Amt für Wohnungswesen – Wohnberechtigungsscheine
0094/2019
 - 3.5.2 Stellungnahme zum Antrag auf Unterstützung der Menschen mit Lernschwierigkeiten

(Menschen mit geistiger Behinderung nach SGB IX) bei Antragstellung, Beratung und Schriftverkehr)

0196/2019

- 4.1 Anfrage an die KVB AG zur neuen KVB App
- 4.2 Anfrage an die KVB AG zu Durchsagen an den Haltestellen der Linie 7
- 4.3 Anfrage an die KVB AG zu Parken an Bushaltestellen

5.1 Broschüre „Wegweiser Wohnen in Köln“

0106/2019

6.1 Bericht des Behindertenbeauftragten 01/2019
Bilanz der Fachstelle Behindertenpolitik für das Jahr 2018 und Ausblick auf das Jahr 2019

0086/2019

Darüber hinaus wird darum gebeten, dass die Tagesordnungspunkte

2.3 Antrag zur Ratsvorlage Nr. 3924/2018 Aufwandsentschädigung ehrenamtlicher Gremienmitglieder

2.3.1 Ideen und Vorschläge zur Erarbeitung einer Verwendungsrichtlinie für ein Budget über €10.000,- der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

zusammen mit dem Tagesordnungspunkt

3.4 Entschädigung von ehrenamtlichen Gremienmitgliedern
4277/2018

behandelt wird.

Mit diesen Änderungen wird die Tagesordnung wie folgt genehmigt.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Gespräch und Vorträge

2 Beschlüsse und Beschlussempfehlungen

2.1 KIB Kölner Innovationspreis Behindertenpolitik 2019
hier: Schwerpunktthema und Jurymitglieder

2.2 Benennung eines stellvertretenden sachkundigen Einwohners für den Stadtentwicklungsausschuss

2.3 Antrag zur Ratsvorlage Nr. 3924/2018 Aufwandsentschädigung ehrenamtlicher Gremienmitglieder

2.3.1 Ideen und Vorschläge zur Erarbeitung einer Verwendungsrichtlinie für ein Budget über €10.000,- der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

2.4 Benennung einer sachkundigen Einwohnerin im Ausschuss Schule und Weiterbildung

3 Sachstandsberichte und Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

3.1 Ermäßigungen für Menschen mit Behinderung und ihre Begleitpersonen in städtischen Sportstätten, Kultur- und Bildungseinrichtungen
3064/2018

3.2 Schwerbehindertenstelle - Feststellungsverfahren nach Schwerbehindertenrecht
hier: Sachstandsbericht

3.2.1 Sachstandsbericht der Schwerbehindertenstelle
0157/2019

3.3 Barrierefreiheit in den Museen. Vorkehrungen zur selbstbestimmten Teilhabe für Menschen mit Behinderungen an Ausstellungen in den Museen der Stadt Köln
3896/2018

3.4 Entschädigung von ehrenamtlichen Gremienmitgliedern
4277/2018

3.5 Unterstützung der Menschen mit Lernschwierigkeiten (Menschen mit geistiger Behinderung nach SGB IX) bei Antragstellung, Beratung und Schriftverkehr“

3.5.1 Sachstand zum Beschluss der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik vom 03.12.2018 „Antrag auf Unterstützung der Menschen mit Lernschwierigkeiten (Menschen mit geistiger Behinderung nach SGB IX) bei Antragstellung, Beratung und Schriftverkehr“
Hier: Amt für Wohnungswesen – Wohnberechtigungsscheine
0094/2019

3.5.2 Stellungnahme zum Antrag auf Unterstützung der Menschen mit Lernschwierigkeiten
(Menschen mit geistiger Behinderung nach SGB IX) bei Antragstellung, Beratung und Schriftverkehr)
0196/2019

4 Anfragen

4.1 Anfrage an die KVB AG zur neuen KVB App

4.2 Anfrage an die KVB AG zu Durchsagen an den Haltestellen der Linie 7

4.3 Anfrage an die KVB AG zu Parken an Bushaltestellen

5 Mitteilungen

5.1 Broschüre „Wegweiser Wohnen in Köln“
0106/2019

6 Bericht des Behindertenbeauftragten

6.1 Bericht des Behindertenbeauftragten 01/2019
Bilanz der Fachstelle Behindertenpolitik für das Jahr 2018 und Ausblick auf das Jahr 2019
0086/2019

7 Diversity

7.1 Kölner Vielfaltskampagne Unsere Vielfalt. Kölns Stärke.
3967/2018

8 Berichte aus den Fachausschüssen des Rates

9 Verschiedenes

I. Öffentlicher Teil

1 Gespräch und Vorträge

2 Beschlüsse und Beschlussempfehlungen

2.1 KIB Kölner Innovationspreis Behindertenpolitik 2019 hier: Schwerpunktthema und Jurymitglieder

Frau Reker berichtet von Überlegungen, in diesem Jahr erstmalig einen Zusatzpreis „Inklusion an Kölner Schulen“ zu vergeben. Dafür würde das Preisgeld in Höhe von insgesamt 5.000,00 Euro entsprechend aufgeteilt. Daher wurden für die diesjährige Jury Personen angefragt, die sich in dem Themenfeld gut auskennen.

Herr Dr. Bell berichtet ergänzend, dass als Person des öffentlichen Lebens für die Jury die Filmregisseurin Hella Wenders gewonnen werden konnte.

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik beschließt wie folgt:

Beschluss:

1. Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik entsendet als Mitglieder in die Jury:

Stephanie Stangier

(stellvertretende sachkundige Einwohnerin im Ausschuss Schule und Weiterbildung)

Sarah Butt (Schülerin der Gesamtschule Holweide)

2. In diesem Jahr wird ein Zusatzpreis vergeben. Er soll an Projekte gehen, die **Inklusion an Kölner Schulen** fördern.
3. Daher soll das Preisgeld aufgeteilt werden: Der 1., der 2. und der 3. Preis erhalten insgesamt 4.000 Euro. Der Zusatzpreis erhält 1.000 Euro.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

2.2 Benennung eines stellvertretenden sachkundigen Einwohners für den Stadtentwicklungsausschuss

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik beschließt wie folgt:

Beschluss:

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik beschließt, dem Rat vorzuschlagen, dass

Herr Bernd Fahlenbock

als stellvertretender sachkundiger Einwohner auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik in den Stadtentwicklungsausschuss gewählt wird.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

2.3 Antrag zur Ratsvorlage Nr. 3924/2018 Aufwandsentschädigung ehrenamtlicher Gremienmitglieder

Herr Intveen erläutert den Antrag der Vertreter*innen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen. Er betont, dass die Vertreter*innen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen erfreut zur Kenntnis genommen haben, dass künftig die Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik ein Sitzungsgeld und die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik ein Budget in Höhe von 10.000 Euro erhalten sollen.

Die Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen sehen in der mit Vorlage 3924/2018 vorgesehenen Regelungen eine Stärkung der Behindertenpolitik. Sie bedauern jedoch, dass der Antrag auf eine monatliche Aufwandsentschädigung für alle Vertreter*innen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen nicht berücksichtigt wurde.

Die Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen möchten sichergestellt wissen, dass das Budget der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik deutlich abgegrenzt wird zur Abrechnung von Assistenzleistungen, auf die die Vertreter*innen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen angewiesen sind, um ihre ehrenamtliche Arbeit als Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik und sachkundige Einwohner*innen verrichten zu können. Daher soll die Beteiligung der Vertreter*innen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen an der Erarbeitung der Richtlinie zur Verwendung des Budgets sichergestellt werden.

Nach einer Unterbrechung zur Beratung der stimmberechtigten Mitglieder mit der Vorsitzenden und einer kurzen Diskussion beschließt die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik wie folgt.

Beschluss:

- Die Verwaltung wird beauftragt, die Richtlinie zur Verwendung des Budgets der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik zu erarbeiten und diese mit den stimmberechtigten Mitgliedern abzustimmen.
- Die stimmberechtigten Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik sollen bei der Änderung der Geschäftsordnung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik beteiligt werden.
- Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik hält an der Forderung einer monatlichen Aufwandsentschädigung fest.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

2.3.1 Ideen und Vorschläge zur Erarbeitung einer Verwendungsrichtlinie für ein Budget über €10.000,- der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt die Ideen und Vorschläge der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen zur Erarbeitung einer Verwendungsrichtlinie für ein Budget über €10.000,- der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik zur Kenntnis (siehe auch: TOP 2. 3 und TOP 3.4).

2.4 Benennung einer sachkundigen Einwohnerin im Ausschuss Schule und Weiterbildung

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik beschließt wie folgt:

Beschluss:

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik beschließt dem Rat vorzuschlagen, dass Frau

Stephanie Stangier

als sachkundige Einwohnerin auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik in den Ausschuss Schule und Weiterbildung gewählt wird.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

3 Sachstandsberichte und Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

3.1 Ermäßigungen für Menschen mit Behinderung und ihre Begleitpersonen in städtischen Sportstätten, Kultur- und Bildungseinrichtungen 3064/2018

Herr Intveen berichtet im Namen der Vertreter*innen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen über das Erstaunen, wie unterschiedlich bei der Stadt Köln die Regelungen für Ermäßigungen für Menschen mit Behinderung in den genannten städtischen Einrichtungen sind. Da die Verwaltung hier noch tätig werden möchte, behalten sich die Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen vor, sich erst bei Vorliegen einer abschließenden Stellungnahme der Verwaltung dazu zu äußern.

Frau Oberbürgermeisterin Reker bestätigt, dass die Verwaltung sich des Themas intensiv mit dem Ziel annehmen wird, eine Vereinheitlichung der Ermäßigungen für Menschen mit Behinderung bei allen städtischen Sportstätten, Kultur- und Bildungseinrichtungen herbeizuführen.

3.2 Schwerbehindertenstelle - Feststellungsverfahren nach Schwerbehindertenrecht hier: Sachstandsbericht

3.2.1 Sachstandsbericht der Schwerbehindertenstelle 0157/2019

Frau Klock erläutert die Stellungnahme der Verwaltung.

Auf die Fragen von Herrn Ladenberger und Herrn Intveen nach dem aktuellen Personalbestand bzw. Erweiterung im Hinblick auf die neue Aufgabe der Schwerbehindertenstelle „Behindertenparkausweise“ informiert Frau Klock, dass der Personalbestand

für die bisherigen Aufgaben wie bisher 20,5 Stellen beträgt. Für die Aufgabe Behindertenparkausweise wurde eine halbe zusätzliche Stelle eingerichtet.

Frau Oberbürgermeisterin Reker berichtet, dass auch sie viele Schreiben erhält, in denen die langen Bearbeitungszeiten der Schwerbehindertenstelle moniert werden. Daher ist dies ein ständiger Tagesordnungspunkt beim Jour fixe mit dem für die Schwerbehindertenstelle zuständigen Stadtdirektor. Viele Lösungsmöglichkeiten wurden bereits diskutiert. Eine Überlegung kann es sein, bei der Schwerbehindertenstelle langfristig weiteres Personal zuzusetzen.

Frau Palm weist auf das Aufrufsystem hin, das ihr für sehbehinderte Menschen noch nicht optimal erscheint. Frau Klock berichtet daraufhin, dass im Bereich des Fachdezernates zurzeit ein Projekt „Indoor-Navigation“ erarbeitet wird. Mit Hilfe dieser App kann man durch ein Gebäude geleitet werden.

3.3 Barrierefreiheit in den Museen. Vorkehrungen zur selbstbestimmten Teilhabe für Menschen mit Behinderungen an Ausstellungen in den Museen der Stadt Köln 3896/2018

Herr Dr. Hamann berichtet ergänzend zur vorliegenden Stellungnahme der Verwaltung, dass das Auswahlverfahren für die neu eingerichtete Stelle für inklusive Vermittlungsarbeit stattgefunden hat, so dass die Stellenbesetzung kurzfristig erfolgen kann.

Herr Intveen stellt fest, dass der Museumsdienst unter Führung von Herrn Dr. Hamann außerordentlich bemüht ist, die Museen für Menschen mit Behinderung zugänglich zu machen. Dafür danken die Vertreter*innen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen ausdrücklich.

Die Vertreter*innen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen begrüßen auch sehr, dass erneut die Barrierefreiheit der Museen durch entsprechende Begehungen überprüft wird. Die Erfahrungen der ersten Begehung haben aber gezeigt, dass diese für die im Arbeitskreis Barrierefreies Köln ehrenamtlich arbeitenden Menschen mit Behinderung mit einem erheblichen Zeit- und Arbeitsaufwand verbunden waren. Dies kann in diesem Umfang nicht noch einmal geleistet werden. Daher bittet Herr Intveen im Namen der Vertreter*innen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen, dass diese Begehungen durch die Verwaltung mit eigenen Mitteln und mit entsprechend fachlich qualifiziertem, zusätzlichem Personal professionell durch das Fachamt selbst durchgeführt werden. Ggf. sollte externer Sachverstand eingekauft werden.

Herr Dr. Hamann betont, dass dies eine Aufgabe der neu eingerichteten Stelle sein wird.

3.4 Entschädigung von ehrenamtlichen Gremienmitgliedern 4277/2018

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis (siehe auch: TOP 2. 3 und TOP 2.3.1).

3.5 Unterstützung der Menschen mit Lernschwierigkeiten (Menschen mit geistiger Behinderung nach SGB IX) bei Antragstellung, Beratung und Schriftverkehr“

3.5.1 Sachstand zum Beschluss der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik vom 03.12.2018 „Antrag auf Unterstützung der Menschen mit Lernschwierigkeiten (Menschen mit geistiger Behinderung nach SGB IX) bei Antragstellung, Beratung und Schriftverkehr“ Hier: Amt für Wohnungswesen – Wohnberechtigungsscheine 0094/2019

Herr Kube erläutert die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung und berichtet ergänzend, dass im Zuge der Digitalisierung von Antragsverfahren ein Projekt gestartet werden soll, wie das Antragsverfahren Wohnberechtigungsschein erheblich vereinfacht werden kann.

Herr Ladenberger macht darauf aufmerksam, dass mit verschiedenen iPads und Smartphones die Buttons für die Seiten mit Vordrucken und Erläuterungen in Leichter Sprache nur durch längeres Suchen auffindbar sind. Er bittet die Verwaltung die Auffindbarkeit der Seiten in Leichter Sprache für alle mobilen Geräte zu verbessern.

Da auch in dieser Sitzung die Begriffe „Einfache Sprache“ und „Leichte Sprache“ immer wieder unterschiedlich verwendet werden, beantragt Herr Intveen, dass in der nächsten Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nochmals die Abgrenzung zwischen Einfacher und Leichter Sprache dargestellt wird.

Herr Schmidt unterstützt diesen Antrag und schlägt vor, auch zertifizierte Prüfer zu diesem Tagesordnungspunkt einzuladen.

3.5.2 Stellungnahme zum Antrag auf Unterstützung der Menschen mit Lernschwierigkeiten (Menschen mit geistiger Behinderung nach SGB IX) bei Antragstellung, Beratung und Schriftverkehr) 0196/2019

Frau Woltmann erläutert die Stellungnahme der Verwaltung.

Herr Intveen stellt fest, dass heute drei Ämter der Stadtverwaltung deutlich gemacht haben, wie intensiv, engagiert und positiv sie damit befasst sind, Beratungen und Vordrucke in einer nicht nur für Menschen mit Behinderung verständlichen Form anzubieten. Er sieht diese Ämter als positives Vorbild für die gesamte Stadtverwaltung.

4 Anfragen

4.1 Anfrage an die KVB AG zur neuen KVB App

Herr Intveen berichtet, dass er die neue App der KVB AG in der Praxis ausprobiert und als positiv empfunden hat. Da Nachbesserungen immer schwieriger sind, als die Barrierefreiheit von Anfang einzuplanen, bittet er die KVB AG um Stellungnahme zu folgenden Fragen und Anregungen:

1. Inwieweit wird im Sinne des geltenden Standards bei der KVB AG App die Barrierefreiheit berücksichtigt?
2. Inwieweit wird die Qualität der Software auf Barrierefreiheit gegengeprüft?

Frau Beckmann dankt für das Lob. Sie berichtet, dass die App noch nicht zu dem Projekt „Digitalisierung“ gehört, an dem der Arbeitskreis Barrierefreies Köln beteiligt ist. Die KVB AG App ist diesem Projekt vorgelagert. Es handelt sich um den sogenannten Hardware-Teil. Sobald es an die Schnittstelle Kundenkontakt kommt, wird der Arbeitskreis Barrierefreies Köln beteiligt.

Zu den o.a. Fragen sichert Frau Beckmann eine schriftliche Stellungnahme zu.

Herr Feles regt an, dass die App insoweit nachgebessert werden sollte, dass auch KölnPass-Inhaber*innen ihre Tickets über diese App erwerben können.

Frau Geurten weist darauf hin, dass seit langem das Problem der defekten Aufzüge und Rolltreppen an den Haltestellen der KVB AG immer größer wird. Daher schlägt sie vor, entweder die App um entsprechende Hinweise zu ergänzen oder eine neue App zur Verfügung zu stellen.

Frau Beckmann berichtet, dass die neue App bereits Hinweise zu defekten Aufzügen und Rolltreppen an den Haltestellen beinhaltet. Darüber hinaus wird das Thema im Rahmen der Digitalisierungskampagne angegangen und nach Lösungen gesucht, wie die Meldungen zu defekten Aufzügen und Rolltreppen schneller verarbeitet und eine schnellere Schadensbehebung erfolgen kann.

Herr Ladenberger berichtet, dass der Bericht der Monitoring-Stelle zur UN Behindertenrechtskonvention, der soeben erschienen ist (siehe auch TOP 9), fordert, dass die Mobilitätsgarantie der ÖPNV-Betriebe auch auf defekte Aufzüge und Rolltreppen und der dadurch bedingten unmöglichen Nutzbarkeit des ÖPNV für mobilitätsbehinderte Menschen ausgeweitet werden müsste. Bislang bezieht sich Mobilitätsgarantie nur auf Verspätungen im Betrieb.

4.2 Anfrage an die KVB AG zu Durchsagen an den Haltestellen der Linie 7

Herr Krämer berichtet, dass auf mehreren Haltestellen der Straßenbahn-Linie 7 ab 22.00 Uhr die Sprachdurchsagen zu den Haltestellen nicht mehr gemacht werden. Diese sind für sehbehinderte Menschen aber erforderlich. Er bittet die KVB AG um Stellungnahme.

Ergänzend hierzu bittet Frau Palm um Auskunft, inwieweit es den Busfahrern freigestellt ist, die Haltestellen-Ansagen im Bus auszustellen, da sie immer wieder erlebt, dass auf ganzen Strecken keine Ansagen gemacht werden.

Frau Beckmann sichert eine Stellungnahme zur nächsten Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik zu.

4.3 Anfrage an die KVB AG zu Parken an Bushaltestellen

Herr Krämer berichtet, dass er seit langem beobachtet, dass Bushaltestellen zugeparkt werden. Die Busse können somit die Haltestellen nicht vorschriftsmäßig anfahren. Damit ist es unter anderem für mobilitätsbehinderte Menschen schwierig, in die

Busse ein- oder auszusteigen. Er bitte die KVB AG daher um Stellungnahme, welche Maßnahmen sie ergreift, um diesen Zustand zu verbessern.

Frau Beckmann sichert eine Stellungnahme zur nächsten Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik zu.

Herr Intveen nimmt diese Anfrage zum Anlass um erneut auf das generelle Problem hinzuweisen, dass im gesamten Stadtgebiet die Gehwege widerrechtlich zugeparkt bzw. zugestellt werden, so dass sehbehinderte, blinde und mobilitätsbehinderte Menschen in ihrer Mobilität erheblich eingeschränkt werden. Er verweist auf die in der letzten Sitzung vorgelegten Änderung der Sondernutzungssatzung, die dieses Thema auch zum Inhalt hatte. Er erinnert zudem an den Beschluss der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik aus 2017, die gefordert hat, dass geltendes Recht umgesetzt wird und die Gehwege bei Bedarf mit ordnungsrechtlichen Mitteln freigehalten werden. Des Weiteren verweist er auf diverse Beschlüsse mehrerer Bezirksvertretungen mit vergleichbaren Inhalten.

Frau Oberbürgermeisterin Reker bestätigt, dass dies ein stadtweites Problem ist. Im gesamten Stadtgebiet Köln wird ohne Rücksicht auf andere Verkehrsteilnehmer*innen und gesetzliche Vorschriften geparkt. Um das Einhalten der Vorschriften zu kontrollieren, wird viel Personal benötigt. Dieses kann zurzeit noch nicht eingestellt werden, weil keine hierfür erforderlichen Dienstgebäude und -räume vorhanden sind. Dies zeigt, wieviel Vorarbeiten erforderlich sind, bis das Problem gelöst werden kann. Daher hat sich die Verwaltung das Ziel gesetzt, dieses Problem in 2019 massiv anzugehen und entsprechendes Personal einzusetzen.

Als erste Maßnahme in diesem Jahr wird mit einer – angekündigten - Begehung im Stadtbezirk Ehrenfeld begonnen. Widerrechtlich parkende Fahrzeuge werden dann verwahrt oder abgeschleppt. Frau Oberbürgermeisterin Reker wird an der Begehung teilnehmen, um ein Zeichen zu setzen.

Allerdings, so warnt Frau Oberbürgermeisterin Reker, wurde bereits in 2018 eine solche Begehung gemacht und mehr als 1.000 PKW abgeschleppt. Die Auswirkungen waren lediglich zwei Wochen spürbar. Danach wurde wieder überall geparkt, wo es nicht erlaubt ist. Daher müssen solche Aktionen wiederholt werden, auch wenn das Personal nicht ausreichend wird, das gesamte Stadtgebiet abzudecken. Das Problem liegt darin, dass in dieser historischen Stadt mehr PKW angemeldet sind, als Platz dafür vorhanden ist. Daher ist ein weiteres Ziel, den Privatverkehr zugunsten des ÖPNV einzudämmen.

5 Mitteilungen

5.1 Broschüre „Wegweiser Wohnen in Köln“ 0106/2019

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt die Mitteilung und die Broschüre lobend zur Kenntnis.

6 Bericht des Behindertenbeauftragten

6.1 Bericht des Behindertenbeauftragten 01/2019 Bilanz der Fachstelle Behindertenpolitik für das Jahr 2018 und Ausblick auf das Jahr 2019 0086/2019

Herr Dr. Bell erläutert den Bericht der Fachstelle Behindertenpolitik aus 2018 und berichtet über die geplanten Aktivitäten des Büros des Behindertenbeauftragten in 2019.

7 Diversity

7.1 Kölner Vielfaltskampagne Unsere Vielfalt. Kölns Stärke. 3967/2018

Frau Rehberg dankt allen Beteiligten an der Kampagne, die sowohl im November 2018 und auch aktuell im Januar 2019 im Stadtgebiet lief. Damit konnte das Thema „Vielfalt“ („Diversity“) weiter bekannt gemacht werden.

Herr Intveen lobt die in seinen Augen sehr gute Kampagne. Damit das Thema Vielfalt ausreichend gewürdigt wird, bittet er, dass bei einer Neuauflage oder Erstellung einer neuen, vergleichbaren Kampagne die Pressekonferenz hierzu nur ein Thema beinhaltet und nicht mit weiteren Presseinformationen zu anderen Themen verbunden wird.

8 Berichte aus den Fachausschüssen des Rates

Hierzu liegen keine Wortbeiträge vor.

9 Verschiedenes

Herr Ladenberger berichtet, dass das Deutsche Institut für Menschenrechte am 29.01.2019 eine Pressemitteilung zum Bericht „10 Jahre UN-Behindertenrechtskonvention – NRW bleibt in der Pflicht“ zur Studie „Menschen mit Behinderungen in Nordrhein-Westfalen“ des Deutschen Instituts für Menschenrechte herausgegeben hat. Die Pressemitteilung und die Studie sind unter folgendem Link aufrufbar: <https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/aktuell/news/meldung/article/pressemitteilung-10-jahre-un-behindertenrechtskonvention-nrw-bleibt-in-der-pflicht/>

Gez. Henriette Reker
(Vorsitzende / Oberbürgermeisterin)

gez. Angela Edith Thiemann
(Schriftführerin / Geschäftsführung
Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik)